

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Kopp, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dr. Erwin Lotter, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Daniel Volk, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Doha-Runde erfolgreich abschließen – Freihandel stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise ist ein rapider Anstieg protektionistischer Maßnahmen zu verzeichnen. So hat die Weltbank seit Oktober 2008 insgesamt 89 neue Handelsrestriktionen aufgelistet. Das bedeutet: Protektionismus greift weltweit um sich. Dabei geht es nicht nur um Zollerhöhungen, sondern auch um nichttarifäre Handelshemmnisse und missbräuchliche Antidumpingmaßnahmen, Subventionierung nationaler Industriezweige oder sogar Appelle der jeweiligen Regierungen zur Bevorzugung heimischer Produkte und Unternehmen. Vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sanken die Zölle im Zeitraum von 1990 bis 2006 (gemäß UNCTAD) – und das sowohl in Industrienationen wie den USA, Deutschland und Japan, als auch in den BRIC-Schwellenländern (Brasilien, Russland, Indien und China). Inzwischen haben jedoch zahlreiche Länder Zollerhöhungen geplant bzw. umgesetzt; so hat zum Beispiel Russland seit November 2008 den Einfuhrzoll für Stahl- und Eisenprodukte auf 15 bis 20 Prozent erhöht. Vor allem viele Schwellenländer können Zollerhöhungen als Vergeltungsmaßnahmen wegen des protektionistischen Vorgehens in den Industrieländern umsetzen, denn sie haben in den letzten Jahren ihre Zölle einseitig unter das seit der Uruguay-Runde in der Welthandelsorganisation (WTO) erlaubte Niveau gesenkt. Die Auswirkungen werden insbesondere dann zu spüren sein, wenn diese Länder die Abgaben auf strategische Produkte trotz eines sinkenden Durchschnittszolls hochhalten. Ein Abschluss der Doha-Runde auf der Grundlage der vereinbarten gebundenen Zollsätze würde ein insgesamt niedrigeres Zollniveau ermöglichen.

Weit größere Gefahr für den internationalen Handel stellen jedoch die nicht-tarifären Handelshemmnisse dar, die in Form direkten Schutzes inländischer Produzenten (Antidumpingmaßnahmen, diskriminierende Steuer- und Zertifizierungspflichten, Subventionen) oder nationaler Unterschiede in der Regulierung (technische Umwelt-, Sozial-, Verbraucherschutzstandards) auftreten können. So sind die Antidumpinguntersuchungen 2008 im Vergleich zu 2007 deutlich um 31 Prozent gestiegen – und hier insbesondere in den Entwicklungsländern. Noch stärker als die Zahl der Untersuchungen hat sich die Anzahl der tatsächlich umgesetzten Antidumpingmaßnahmen erhöht (um 55 Prozent). Antidumpinguntersuchungen und gegebenenfalls auch -maßnahmen sieht die WTO für den Fall vor, dass ausländische Unternehmen Produkte auf einem Exportmarkt billiger als auf ihrem Heimatmarkt oder einem anderen Exportmarkt verkaufen. Durch dieses Dumping wird die inländische Industrie des Ziellandes negativ betroffen. Antidumpinginstrumente dienen somit dem Schutz eines Landes vor Handelsverzerrungen. Diese Instrumente können allerdings auch missbraucht werden, um die heimische Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, ohne dass Dumping eines ausländischen Unternehmens vorliegt. Welche dieser beiden Optionen für den Anstieg der Antidumpinguntersuchungen beziehungsweise -maßnahmen ursächlich ist, ist schwer zu sagen. Jedoch belegen sie einen allgemeinen Anstieg von Handelsverzerrungen entweder beim Handelspartner oder beim Land, das diese Instrumente missbräuchlich nutzt. Dies zeigt, dass die Staaten in Zeiten wegbrechender Nachfrage nach wie vor Maßnahmen ergreifen, die ihre Unternehmen gegenüber ausländischer Konkurrenz bevorzugen bzw. schützen.

Auch die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland sind weit entfernt von offenen Märkten. Seit 2002 haben sich die Zoll- und Abgabenlasten für Importe aus Drittländern um über 50 Prozent auf fast 20 Mrd. Euro erhöht. Zugleich laufen momentan 28 Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen gegen deutsche Exportwaren – das sind über 30 Prozent der gesamten Maßnahmen gegen Exporte aus der EU. Dies bedeutet eine gefährliche Abschottungs- und Protektionismuspolitik. Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen werden offenbar immer mehr zum probaten Hilfsmittel – nur so lässt sich der Anstieg der entsprechenden Zoll- und Abgabeneinnahmen Deutschlands, die an die EU abgeführt werden, von 22,8 Mio. Euro (2002) auf 76,5 Mio. Euro (2008) erklären.

Die Doha-Runde begann im November 2001 und wurde von Generaldirektor Pascal Lamy im Juli 2006 ausgesetzt, da es den Hauptverhandlungspartnern USA, EU, Brasilien, Indien, Japan und Australien (G6) nicht gelungen war, sich auf Liberalisierungsmodalitäten zu einigen. Besonders bei den umstrittenen Agrarfragen haben die Europäer mit der Reform der Zuckermarktordnung, der Entkoppelung der Landwirtschaftssubventionen von der Produktion und der Verpflichtung von Hongkong, die Agrarexportsubventionen bis 2013 auslaufen zu lassen, weitreichende Zugeständnisse gemacht. Andere G8-Teilnehmer sind bei ihren Beiträgen über Lippenbekenntnisse bislang nicht hinausgekommen. Es wäre nun an der Zeit, dass nicht nur die Europäische Union, sondern auch andere WTO-Mitglieder unter den Industriestaaten, insbesondere die USA, und die so genannten Schwellenländer zu Zugeständnissen bereit sind. Ab Februar 2007 wurden die Gespräche in kleineren Ministerkonferenzen der G4 (USA, EU, Indien, Brasilien) fortgesetzt. Auch der vierte Anlauf im Juli 2008 scheiterte nach einer Einigung in 18 von 20 Verhandlungspunkten an unvereinbaren Positionen bei einem verbleibenden Punkt der Agrarpolitik. Die WTO-Staaten hatten sich von einer Einigung in dieser Welthandelsrunde ein um bis zu 100 Mrd. US-Dollar höheres Welthandelsvolumen versprochen, von dem größtenteils die Entwicklungsländer profitieren würden. Angesichts der weltweiten Finanzkrise wurde vom Weltfinanzgipfel im November 2008 in Washington die beschleunigte Wiederaufnahme der Welthandelsgespräche beschlossen. Dies

wurde vom kurz darauf stattfindenden APEC-Gipfel (APEC: Asia-Pacific Economic Cooperation) unterstützt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Absichtserklärungen für einen baldigen Abschluss der Doha-Runde (zuletzt durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy Anfang Juni 2009) Taten folgen zu lassen in Form einer schlüssigen und konsistenten Strategie für einen raschen Abschluss der Doha-Runde noch in diesem Jahr;
2. tarifäre und nichttarifäre Handelsbarrieren in Deutschland und Europa konsequent abzubauen, damit insbesondere die Verbraucher durch die Rückführung von Zöllen unmittelbar entlastet werden. Dadurch würden zusätzliche Impulse für den personalintensiven Groß- und Einzelhandel entstehen. Sinkende Beschaffungskosten auf Importgüter, seien es Rohstoffe oder Vorleistungsprodukte, würden vor allem das produzierende Gewerbe entlasten und zu einer Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen;
3. das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung unverzüglich zurückzunehmen. Die Gesetzesänderung erhöht die Hürden für ausländische Investitionen in Deutschland und schwächt die deutsche Wirtschaft grundlos mitten in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise;
4. nicht nur in Deutschland sondern international darauf hinzuwirken, dass mittelfristige Wachstumschancen nicht für kurzfristige Schutzinteressen aufgegeben werden, sondern offene Märkte und der freie Handel gesichert werden. Neben der Konzentration auf Maßnahmen, die ausländische Konkurrenten direkt benachteiligen, sind dabei auch Maßnahmen, die heimische Unternehmen direkt begünstigen, besonders kritisch zu prüfen.

Berlin, den 16. Juni 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Begründung

Anstatt Deutschland und Europa weiterhin zum Hort des Protektionismus auszubauen, sollte die Bundesregierung Worten endlich Taten folgen lassen und in Europa aktiv für offene Märkte ohne Handelsbeschränkungen eintreten. Europa muss hier eine Vorbildfunktion einnehmen, anstatt sich auf Kosten der Ärmsten zu bereichern. Hier können wichtige Grundlagen für den erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde gelegt werden.

Gerade Deutschland profitiert wie kaum ein zweites Land der Erde von offenen Märkten. 2008 konnte Deutschland erneut die Spitzenposition als erfolgreichste Exportnation der Erde verteidigen. Insgesamt wurden Waren im Wert von fast 1 Bio. Euro exportiert. Seit Jahren ist der Export auch die entscheidende Stütze der deutschen Konjunktur. All dies zeigt, dass gerade die Bundesrepublik Deutschland nicht tatenlos zusehen kann, wie die internationalen Bemühungen um den Freihandel langsam aber sicher an die Wand gefahren werden. Angesichts der herausragenden Bedeutung des freien Welthandels und einer multilateralen Welthandelsordnung für Deutschland und seine Wirtschaft muss die Bundesregierung nun auf allen Ebenen in die Offensive gehen, um einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu erreichen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden der beschleunigte Globalisierungsprozess und der sich ausweitende Weltgüterhandel begleitet und unterstützt von politischen Maßnahmen, die insbesondere in der Weiterentwicklung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zur Welthandelsorganisation ihren Ausdruck fanden. Das Ergebnis war eine einzigartige Erfolgsgeschichte, im Zuge derer die Zölle der Industrieländer zum Beispiel im verarbeitenden Sektor im Rahmen von acht multilateralen Zollsenkungsrunden von zweistelligen Niveaus auf im Durchschnitt drei bis vier Prozent sanken, während der weltweite Handel sich in 50 Jahren vervierzehnfachte. Diese Erfolgsgeschichte kam insbesondere den Entwicklungs- und Schwellenländern und damit der Armutsbekämpfung zugute.

Diese Erfolge werden durch die aktuellen Entwicklungen gefährdet. Durch die weltweite Wirtschaftskrise verstärken sich international die Tendenzen, Handelsbarrieren zu errichten. Dies ist insbesondere im Bereich der nichttarifären Handelshemmnisse, wie zum Beispiel bei Produktstandards, beim Missbrauch von Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen sowie diskriminierenden Maßnahmen bei der Zollabwicklung, zu beobachten. Gleichzeitig hat die Zahl der bilateralen Handelsabkommen massiv zugenommen. Alle Mitglieder der WTO sind inzwischen an einem oder sogar mehreren PTAs (Preferential Trade Agreements) beteiligt. Diese PTAs nutzen den Partnern zwar oft, führen in der Regel aber zur Diskriminierung von Drittländern und wirken damit handelsumlenkend. Die Folge sind weltweit steigende Handels- und Transaktionskosten, welche die Entwicklungsländer am stärksten treffen.

Freihandel schafft Wohlstand. Diese einfache Botschaft hat sich insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten täglich bewahrheitet. Das Nutzen komparativer Vorteile durch alle Marktteilnehmer kommt letztlich auch allen zugute.